

Wir sind keine Fußnote im Koalitionsvertrag: Gleichberechtigung muss in der neuen Regierung Priorität haben!

Wir messen euch an euren Taten – die Hälfte der Bevölkerung darf bei den Koalitionsverhandlungen im Bund nicht übersehen werden! Der neue Bundestag ist männlicher als vorher, nur knapp ein Drittel der Abgeordneten sind Frauen. Die Repräsentationslücke, also die Diskrepanz zwischen Bevölkerungsanteil und Anteil im Parlament, wächst statt zu schrumpfen: Bei Frauen beträgt sie nun 18,8 Prozentpunkte.

In den nächsten Wochen diskutieren die zukünftigen Koalitionäre eine Vielzahl von Themen – von Arbeitsmarktpolitik bis Zuwanderung. Doch alle diese Themen betreffen auch Frauen. Wir erwarten, dass Frauenrechte in den Verhandlungen mit der gleichen Ernsthaftigkeit behandelt werden wie andere politische Fragen.

Frauen sind in allen Bereichen der Gesellschaft unverzichtbar – sei es in der Wirtschaft, in der Sozialpolitik, im Gesundheitswesen oder in der Bildung. Eine gerechte Wirtschaftspolitik berücksichtigt, dass Frauen oft anderen Herausforderungen im Berufsleben gegenüberstehen, sei es durch die Lohnlücke, ungleiche Karrierechancen oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ohne geschlechtergerechte Maßnahmen bleibt wirtschaftliches Wachstum unausgeschöpft. Auch in der Sozialpolitik spielen Frauen eine zentrale Rolle: Sie tragen oft die Hauptverantwortung für Sorgearbeit – sei es in der Familie oder in Pflegeberufen, die noch immer unterbezahlt und unterbewertet sind. Eine Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit anstrebt, muss Frauen in den Fokus rücken und für faire Arbeitsbedingungen sowie eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit sorgen.

Frauen sind von Armut, Gewalt und Diskriminierung oft besonders betroffen, sei es durch unsichere Arbeitsverhältnisse oder mangelnden Schutz vor häuslicher und sexueller Gewalt. Politik, die diese Probleme nicht mitdenkt, verfehlt die Realität eines großen Teils der Bevölkerung.

Kurz gesagt: Wer Frauenrechte nur als Randthema behandelt, ignoriert die Hälfte der Gesellschaft – und das darf nicht passieren. Eine moderne, zukunftsorientierte Politik muss Frauen in allen Bereichen mitdenken, ernst nehmen und gezielt fördern.

Unsere Forderungen an die neue Koalition:

! Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention:

- Flächendeckender Ausbau von Empowermentangeboten zur Primärprävention, sowie Schutz- und Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene Frauen, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.
- Mehr Mittel für Frauenhäuser, Frauennotrufe und Beratungsstellen, um Schutzplätze und psychosoziale Unterstützung sicherzustellen.

! Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und das Schließen weiterer Schutzlücken:

- Berücksichtigung aller Frauen, insbesondere queerer, trans* Frauen, sowie inter- und non-binäre Personen, Frauen mit Behinderung, wohnungsloser Frauen und Frauen mit unsicherem Aufenthaltsstatus.
- Ausbau von anonymen und niedrigschwelligen Schutzangeboten, insbesondere in ländlichen Regionen.

- Mehr spezialisierte Einrichtungen für besonders vulnerable Gruppen, z. B. für Frauen mit Behinderung, geflüchtete Frauen oder von Zwangsverheiratung bedrohte Frauen.
- Verbindliche Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen, damit Schutzplätze nicht vom Wohnort abhängen.

! Ein echtes Recht auf körperliche Selbstbestimmung:

- Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Streichung des § 218 StGB.
- Bundesweite Sicherstellung von Ärzt:innen, die Abbrüche vornehmen.
- Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen, ohne bürokratische Hürden.
- Bessere Beratungsmöglichkeiten und umfassende Aufklärung über reproduktive Rechte.

! Stärkung von Frauen in Bildung, Ausbildung und Beruf:

- Förderung von Mädchen und jungen Frauen in MINT-Fächern und männerdominierten Berufen.
- Ausbau von Ganztagsbetreuung und flexiblen Kinderbetreuungsangeboten, um Mütter besser zu entlasten.
- Strukturelle Maßnahmen zur Bekämpfung der Lohnlücke, z. B. durch mehr Transparenz bei Gehältern und Sanktionen für ungleiche Bezahlung.
- Verbesserungen beim Elterngeld und bei der Elternzeit, um eine gerechtere Aufteilung zwischen Müttern und Vätern zu fördern.
- Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit nach einer Teilzeitbeschäftigung, um Altersarmut bei Frauen zu verhindern.

! Ausreichende Mittel für Träger an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt:

- Sicherstellung der Finanzierung für Beratungsstellen, Bildungsangebote und Integrationsprojekte für migrantische Frauen.
- Sprachkurse mit Kinderbetreuung, um Müttern den Zugang zu Bildung und Arbeit zu erleichtern.
- Qualifizierungsprogramme für Frauen mit Migrationsgeschichte, um den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Förderung von Existenzgründungen und Selbstständigkeit von Frauen, um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken.

! Mehr Mittel für Mädchenarbeit:

- Ausbau von Schutzräumen für Mädchen, in denen sie sich entfalten und stärken können.
- Mehr Programme zur Prävention von Gewalt, Diskriminierung und sexueller Ausbeutung.

Frauenrechte sind Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Menschenrechtspolitik!

Wer in Frauen und Gleichberechtigung investiert, investiert in die Zukunft – auch in die der deutschen Wirtschaft. Es ist an der Zeit, Frauenrechte nicht länger als Randthema zu behandeln, sondern sie zum festen Bestandteil des Koalitionsvertrags zu machen!

Gezeichnet:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt
- SPD Frankfurt
- IFF – Initiative Frankfurter Frauenträger
- Infrau e.V.
- beramí berufliche Integration e.V.
- VbFF – Verein zur beruflichen Förderung von Frauen e.V.
- FaPrik
- Bündnis Frankfurt für Frauen*rechte
- GFFB
- Zentrum für Weiterbildung
- Forward for Women
- FeM Mädchen*haus Frankfurt
- Frauen-Softwarehaus e.V.
- Hamrah.United
- Internationales Frauen*theaterfestival
- Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V.
- Beratungsstelle Frauennotruf
- Frauen in Bewegung e.V.
- Broken Rainbow e.V.
- Kinothek Asta Nielsen
- Business and Professional Women – Germany Club Frankfurt am Main e.V.
- FiM – Frauenrecht ist Menschenrecht
- Frauen helfen Frauen e.V.
- VAIA! gGmbH
- GEW Hessen
- GEW Stadtverband Frankfurt
- Grüne Jugend Frankfurt